

Bezugpreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1.50.
Durch die Post in Ost- und Ober-
schlesien, sowie in sonstigen in-
ländischen Bezirken RM. 1.50 mit
Postzuschlag. Preis freibleibend.
In Fällen besonderer Gewalt drückt
sich Preis auf Lieferung der
Zeitung oder auf Wiederherstellung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Kontos Nr. 21 bei der Oberamt-
Sparkasse Neuenburg.

Der Enztäler

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ober-
halb des Textes 25 Rpf., Restamteile
10 Rpf. Anzeigenpreis 100 Trop.
Zuschlag. Offerte und Auftrags-
erteilung 20 Rpf. Bei größeren
Anzeigen Rabat, der im Falle
des Nacherschlebens fünfzig
prozent, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Ver-
einbarung erfolgt. Bei Tarifver-
änderungen treten sofort alle früheren
Bestimmungen außer Kraft.
Vertragsstand für beide Teile ist
Neuenburg. Für teile Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Mees'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenburg.

Nr. 79 Dienstag den 4. April 1933 91. Jahrgang

Das amerikanische Luftschiff „Akron“ vernichtet Keine Gewissheit über den Verbleib von 73 Mann der Besatzung

New York, 4. April. (Tel. WTB.) Das deutsche Tank-
schiff „Phöbus“ funkte, daß es um 1.50 Uhr das amerikanische
Zerstörerflugzeug „Akron“ bei Barnegat-Point bei der Mündung
von New-Yersey hilflos auf See treibend gesichtet hat. Warum
die „Akron“ in die See gestürzt ist, ist noch unklar. Das
Marineamt in Washington hatte um 2.10 Uhr noch keine In-
formation über Vorgang und Ursache des Unglücksfalles. Die
„Phöbus“ funkte um 2.01 Uhr, daß sie nicht die ganze Mann-
schaft des Luftschiffes „Akron“ an Bord nehmen könne. Das
Wetter ist windig mit hartem Regen. Das deutsche Tankschiff

rettete den Führer der „Akron“ und drei Mann der Besatzung
von 77 Mann. Nähere Einzelheiten über den Vorgang der
Katastrophe fehlen.
Die „Phöbus“ ist aus New York am Montag abgefahren.
Das Zerstörerflugzeug „Akron“, dessen Schnelligkeit etwas größer
ist, als die des „Graf Zeppelin“ und der „Los Angeles“, trat
am Montag mittag einen Neigungsflug nach der Küste von
New-England an. Die „Akron“ ist das größte Zerstörerflugzeug
der Welt.

Bekanntmachung über die vorübergehende Wiedereinführung des Ausreisepaßvermerks

WB. Berlin, 3. April. Aufgrund der §§ 3, 6 Absatz 1 der
Passverordnung vom 10. Juni 1919 bestimme ich folgendes:
§ 1
Reisepaßbesitzer bedürfen bis auf weiteres zum Grenz-
übertritt bei der Ausreise aus dem Reichsgebiet eines Ausreisepaß-
vermerks. § 42 der Passverordnung vom 7. Juni 1932
findet insoweit keine Anwendung.
§ 2
Der Ausreisepaßvermerk ist nach anliegendem Muster zu
erstellen.
Die Frist, innerhalb deren der Sichtvermerk zum Grenz-
übertritt benutzt werden darf, (Nutzungsdauer) ist festzusetzen
a) für einmalige Ausreise auf höchstens einen Monat,
b) für beliebig häufige Ausreise auf höchstens 6 Monate.
§ 3
Im übrigen finden die die Erteilung von Sichtvermerken
ergänzenden Bestimmungen der Passverordnung vom 7. Juni
1932 Anwendung.
§ 4
Diese Bekanntmachung tritt mit dem 4. April 1933 in
Kraft.
Berlin, den 1. April 1933.
Der Reichsminister des Innern: (gez.) Fried.

Vorgehen einzelner Gruppen hat zu unterbleiben. In drin-
genden und wichtigen Fällen sind die bisherigen Wirtschafts-
beauftragten der NSDAP zur Herbeiführung einer vor-
läufigen Entscheidung befugt. Sie halten dauernde Verbin-
dung mit unserem Vertrauensmann im Reichsverband der
deutschen Industrie.

Der „Angriff“ schreibt zu der Berufung der Vertrauens-
leute der NSDAP und der DGB in das Präsidium des
Reichsverbandes der deutschen Industrie: Mit dieser Gleich-
schaltung ist der bisher vorherrschende wirtschaftliche Liberalis-
mus überwunden worden und an seine Stelle wird die Welt-
anschauung des Nationalsozialismus anschlagend sein. Von nun
an wird auch im Reichsverband der deutschen Industrie
unbedingt das Primat der Politik herrschen. Mit dieser Gleich-
schaltung erfolgt automatisch auch eine Gleichschaltung der bis-
her getrennt laufenden Unternehmenspolitik und Arbeiterpolitik.
Darüber hinaus wird es jetzt nicht mehr nötig sein, „Kon-
kurrenz“ nach dem Muster des Herrn Schleicher zu veranstalten,
um die Gegensätze in der Wirtschaftspolitik zwischen Industrie
und Landwirtschaft zum Ausgleich zu bringen. Und schließlich
werden ähnliche Gedankenengänge die bisher so scharfen wirt-
schaftspolitischen Gegensätze zwischen Industrie und Handwerk
weitgehend beseitigen. Die Verechtung und die große wirt-
schafts- und sozialpolitische Bedeutung der kleinen Betriebe
wird nunmehr auch von den Führern der Industrie anerkannt.
Man kann daher wohl sagen, daß diese Maßnahmen der
Gleichschaltung des Reichsverbandes der deutschen Industrie
eine der wichtigsten Voraussetzungen war für eine Ueber-
brückung aller Interessenten und Massengruppen im deut-
schen Wirtschaftsleben und damit zugleich die Voraussetzung
einer erfolgreichen Gemeinschaftsarbeit am Wiederaufbau
unseres Volkes.

Neue Spitzenvertretung der Beamtenschaft

Berlin, 3. April. Die der Preussische Preßdienst der
NSDAP zugehörig, soll künftig an die Stelle der demokratisch-
parlamentarischen Beamtenverbände die Beamtenabteilung der
NSDAP treten. An ihrer Spitze stehe der vom Führer er-
nannte Leiter. Neben den bisherigen hohen ethischen und
ideellen Aufgaben werde die Beamtenabteilung auch die Ver-
tretung der Beamtenschaft in wirtschaftlicher und personeller
Hinsicht übernehmen und alle künftigen Arbeiten miterledigen.
In der Beamtenabteilung der NSDAP seien 19 Fachschaften
für Reichsbahn, Reichspost, Steuer, Zoll, Reichswehr, Polizei,
Kunst, Lehrer, kommunale Verwaltungen usw. eingerichtet.
Mitglieder können nur eingeschriebene Nationalsozialisten werden.
Die übrigen Beamten können als Symptomträger der
Bewegung Anhänger werden. Als Nachrichtenblatt gilt die
nationalsozialistische Beamtenzeitung. Neben der Pflege der
genannten Aufgaben soll den Mitgliedern Versicherungsschutz,
Krankentheilung und Sterbegeldversicherung gewährt werden.
Für die Polizei und sonstige hochgefährdete Beamte beständen
besondere Abmachungen.

Reichskommissar für das gesamte Genossenschaftswesen

WB. Berlin, 3. April. Der Reichsernährungsminister und
Reichswirtschaftsminister Eugenberg hat im Einvernehmen mit
dem Reichsfinanzminister den Ministerialrat Bahrhoffer mit
der Prüfung der Vorwürfe beauftragt, die gegen die Geschäfts-
führung und gegen die Ausgestaltung der zentralen genossen-
schaftlichen Verbände des landwirtschaftlichen, gewerblichen und
Konsumgenossenschaftswesens sowie ihrer Landes- und Pro-
vinzialorganisationen, Verbandskassen und Warenanstalten er-
hoben werden.

Der Genannte hat die Ermächtigung erhalten, von den
bezeichneten Stellen, ihren Organen und Angestellten jede
Auskunft über die Geschäftsführung sowie die Vorlegung der
einschlägigen Bücher und Schriftstücke zu verlangen. Die
Reichs- und Landesbehörden sind ersucht worden, ihm auf Er-
suchen Unterstützung und Auskunft zu gewähren.

Verhaftung von Kommunisten

WB. Gelsenkirchen, 3. April. In einem Tannenwäldchen
zwischen Gladbeck und Feldhausen nahm die Polizei gestern
fünf kommunistische Funktionäre fest, die dort eine geheime
Versammlung abhalten wollten. — Keun weitere Kommunisten
wurden heute in Gelsenkirchen wegen Vorbereitung zum Hoch-
verrat festgenommen. Bei Durchsuchungen wurde eine Menge
hochverratserregender Material, ferner Schreibmaschinen und Ab-
schreibapparate gefunden und beschlagnahmt. Gegen die Ver-
hafteten sind bereits Strafverfahren eingeleitet.

Berufsständische Gewerkschaften in Italien

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter
Mussolini hat sich sofort nach der Machtergreifung genötigt
gefühlt, das Gewerkschaftsproblem in Italien in einer
ganz neuen Weise zu lösen. Er hat die gewerkschaftlichen
Organisationen zu berufsständischen Interessensvertretungen
umgebaut. Wie in den meisten anderen Ländern, so waren
auch in dem vorkorporativen Italien die Gewerkschaften Werk-
zeuge der politischen Parteien. Es gab sozialistische, kommuni-
stische, demokratische, katholische, liberale und andere Ge-
werkschaften, und auch die faschistischen Arbeiter hatten sich zu
besonderen gewerkschaftlichen Verbänden zusammengeschlossen.
Diese heillose Zersplitterung der Arbeiterorganisationen
konnte natürlich nicht bestehen bleiben, nachdem der Faschismus
die politischen Parteien teils zerstört teils aufgelöst hatte.
Mussolini erblickte in dem Nebeneinanderbestehen so
zahlreicher gewerkschaftlicher Kampfverbände die Hauptursache
der sozialen Unordnung, an der Italien, bevor die faschistische
Neuordnung Staat und Wirtschaft rettete, beinahe zugrunde
gegangen wäre. Eine der ersten eingreifenden Maßnahmen
Mussolinis nach dem Marsch auf Rom war daher die Ein-
ordnung der Gewerkschaften in den neuen Staat.

Hand in Hand mit der Umwandlung der Gewerkschaften
in berufsständische Arbeiterverbände ging in Italien die Be-
seitigung der Streiks. Kein Land der Erde hat wohl so zahl-
reiche Streiks und Arbeitskämpfe aller Art erlebt wie das
vorkorporative Italien. Im Jahre 1921 weist die offizielle ita-
lienische Statistik 3, 2. nicht weniger als 5736 Streiks
mit 1,8 Millionen streikenden Arbeitern und Angestellten auf.
Die Störungen des Wirtschaftslebens wüchsen nicht mehr auf
und schädigten die Arbeiter nicht weniger als die Unterneh-
mer. Das Schlimmste war, daß die Streikwelle auch die im
öffentlichen Dienst stehenden Beamten und Arbeiter ergriffen
hatte. Wirtschaft und Nation wurden durch diese inneren
Kämpfe, die unter Führung der Gewerkschaften angefochten
wurden, — während die staatlichen Behörden unbeeinträchtigt
zusehen und sich darauf beschränkten, die öffentliche Ordnung
nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten, — an den Rand des
Unterganges geführt. Der Faschismus war es, der dieser wach-
senden Anarchie gegenüber den Standpunkt vertrat, daß der
Staat Schlichter in den Kämpfen der sozialen Parteien
sein und die Periode der wilden Streiks durch sein autori-
tatives Eingreifen beenden müsse. Es war daher ganz selbst-
verständlich, daß der Faschismus, nachdem er den Wiederauf-
bau des nationalen Staates in die Hand genommen hatte,
zu allererst die Kampfverbände beseitigen und zu Instrumen-
ten der sozialen Versöhnung machen mußte. Grundfähig-
lich der neue Staat, der für sich selbst nur das Amt des höch-
sten Schlichters in allen wirtschaftlichen und sozialen
Fragen in Anspruch nahm, die Berufsverbände der Arbeit-
nehmer und Arbeitgeber als freie und vom Staate unabhän-
gige Interessensvertretungen bestehen. In der faschistischen
„Carta del Lavoro“ heißt es: „Der korporative Staat hält die
private Initiative auf dem Gebiete der Produktion für das
wirksamste und nützlichste Instrument im Interesse der
Nation.“ Aber der Faschismus stellte die Berufsorganisationen
unter staatliche Kontrolle. Er gab ihnen die gesetzliche Aner-
kennung, die ihnen bis dahin fehlte und fügte sie in die staat-
liche Organisation ein, denn nach der faschistischen Grundlehre
muß alles vom Staat umfasst werden, und nichts darf außer
ihm und gegen ihn sein.

Der faschistische Staat gab daher den Berufsverbänden
selbst Gelege und Strukturen, besitzte ihre Zersplitterung und
ihre inneren Gegensätzlichkeiten, stellte ihnen vor allem neue
Aufgaben. Der Streit, die bisherige Hauptwaffe in gewert-
schaftlichen Auseinandersetzungen, wurde abgeschafft. Aber
das freie Koalitionsrecht wurde den Arbeitnehmern wie den
Arbeitgebern gelassen. Die italienischen Gewerkschaften sind
jetzt die gesetzlich anerkannten Vertretungen der Arbeiter
beim Abschluß von Tarifverträgen. Diese von ihnen geschlos-
senen Verträge sind für alle Arbeiter der Branche, für die sie
bestimmt sind, verbindlich. Darum bedürfen die italienischen
Berufsverbände der rechtlichen Anerkennung durch den Staat.
Theoretisch haben die Arbeiter zwar das Recht, auch anderen,
nicht anerkannten Gewerkschaften beizutreten, aber diese ent-
behren dann eben aller Rechte, die ihnen nur der Staat geben
könnte, und hätten infolgedessen auch keinerlei praktische Be-
deutung. Nur die staatlich anerkannten Gewerkschaften können
vor allem Kandidaten für das Parlament vorschlagen und
Vertreter in die sogenannten Korporationen entsenden. Diese
kann man am besten als Arbeitsgemeinschaften der Arbeitgeber
und Arbeitnehmer bezeichnen. Nur besitzen sie wiederum
staatliche Anerkennung und weitgehende Rechte zur Regelung
aller Angelegenheiten des Wirtschaftslebens oder Berufs für
den sie errichtet sind. Während die Gewerkschaften und die
Unternehmerverbände freie Wirtschaftsverbände geblieben
sind und nur der staatlichen Kontrolle unterliegen, sind die
Korporationen staatliche Organe, in deren Verwaltung neben
den Delegierten der Gewerkschaften und der Unternehmer-
verbände auch Regierungsvertreter sitzen. Es gibt Korporationen
für die Industrie, die Landwirtschaft, das Transportwesen,
den Handel, die Schifffahrt, die freien Berufe und für die
Schauspieler. Als Teilnehmer der Korporationen sind die
italienischen Gewerkschaften ein wichtiger Bestandteil des
faschistischen Wirtschaftsaufbaus.

Im faschistischen Staate haben die Gewerkschaften also ihr
Wesen erheblich verändert. Sie sind berufsständische Träger
der vom Staate geschaffenen neuen Wirtschaftsordnung ge-
worden, während sie früher die Haupturheber der wirtschaft-
lichen Unordnung gewesen waren. Die Streikwaffe ist ihnen
genommen, da im faschistischen Ordnungsstaate jeder Streik
und jede Auspöterung als öffentliches Verbrechen gilt. Dafür
ist jetzt die rechtlich anerkannte Interessensvertretung der
Arbeiter. Ihre Hauptaufgabe ist es, das Recht auf Arbeit
zu sichern und das Recht der Arbeit zu wahren.

Aus Stadt und Land

Neuenburg, 3. April. Der Schützenverein hielt am Samstag Abend bei Hr. Kießer seine Hauptversammlung ab. Oberschützenmeister Schmidt begrüßte die nicht sehr zahlreich erschienenen Mitglieder...

(Wetterbericht.) Unter dem Einfluß einer über Osten liegenden Tiefdruckrinne ist für Mittwoch und Donnerstag unbeständiges, zu vereinzelt Regenfällen geneigtes Wetter zu erwarten.

Vierfeld, 3. April. Am Sonntag nachmittag gegen 4 Uhr wurde eine kleine Frau beim Spaziergange mit ihren Zwillingkindern von einem Motorradfahrer aus Pfinzweiler so unglücklich angefahren, daß Mutter und Kinder heftig zu Boden geworfen wurden.

Herrnhals, 3. April. (Lehrerwechsel - Passionsfeier.) Mit dem Beginn des neuen Schuljahres wird in der hiesigen Schule ein erheblicher Wechsel der Lehrkräfte erfolgen. Zwei ständige Stellen werden durch Schulvorstand Oberlehrer Dr. Auler und Hauptlehrer Seeger übernommen.

Ortsgruppe Herrenals des Württ. Schwarzwaldvereins. Auch unsere vierte diesjährige Wanderung (2. April) fand unter einem guten Stern. Ein früher Luftzug unterstüßte das prächtige Wanderveretter. Die Beteiligung von 34 Personen war ebenfalls befriedigend.

Württemberg

Stuttgart. (Der neue Staatskommissar und der neue Programmleiter beim Südkunst.) Wie der 'RS-Kurier' im 'Wochenblatt', der heute zum erstenmal erschienen ist, berichtet, ist zum

Staatskommissar für den Südkunst Kapitän a. D. Berber in Freiburg i. Br. ernannt worden. Zum Programmleiter des Südkunst wurde als Nachfolger von Dr. Mayer der frühere Schauspielereusele berufen.

Stuttgart. (Dr. Friedrich Wolf in Basel.) Die Schweizer Blätter melden, daß der kommunistische Stuttgarter Arzt und Verfasser zahlreicher kommunistischer Tendenzstücke Dr. Friedrich Wolf in Basel eingetroffen ist in der Hoffnung, auf Schweizer Boden Unterfangt zu finden.

Stuttgart. (Vand der württ. Neubausbesitzer.) Im großen Ballsaal fand am Sonntag die 3. Delegiertenversammlung des Bundes der württ. Neubausbesitzer statt, die aus allen Teilen des Landes gut besetzt war.

Stuttgart. (Württembergischer Frontkämpferbund lehnt Anschluss an Stahlhelm ab.) Die Bundesleitung des Württ. Frontkämpferbundes teilt mit: Am 1. April 1933 abends hat die Bundesleitung des Württ. Frontkämpferbundes (Vorkand und Bezirksführer) über die Frage des Anschlusses an den Stahlhelm Beschlüsse gefaßt.

Stuttgart. (Die Gleichhaltung im württ. Landtag.) Da nach einem neueren Bericht die im Gleichhaltungsgezet vorgesehene Verteilungszahl für Württemberg nicht 2000 sondern 2500 beträgt, wird nach einer Berechnung der neue württembergische Landtag folgendes Aussehen haben:

Heilbronn. (Aufgefällte Brandstiftungen.) Am Sonntag, 3. März, abends, brach in dem Anwesen des Jakob Steinmeier in Oberdingingen, Ob. Maulbronn, ein Brand aus, dem das Wohnhaus und das Scheuergebäude des Steinmeier zum Opfer fielen.

Heilbronn. (Die Kaiserin besichtigt die Brautmannsche Fabrik.) Von Schloss Hornegg kam am Freitag vormittag nach erfolgreichem Krankenbesuch die Kaiserin Hermine aus Heilbronn, um in der Brautmannschen Fabrik eine Ausstellung von Silberarbeiten von 1805-1933 zu besichtigen.

Wannweil, Ob. Reutlingen. (Schiffe auf das Haus des früheren Bürgermeisters.) In der Nacht auf Freitag wurden auf das Haus des ehemaligen Bürgermeisters Schäfer einige scharfe Schießgeschosse abgegeben.

Ebingen. (Auswirkung der Boykottpropaganda.) Eine hiesige größere Firma hat von einem Großabnehmer in der Schweiz ein Schreiben erhalten, worin höflich ersucht wird, eine ausgegebene Bestellung zu streichen.

Ebingen. (Hälschmünzer an der Arbeit - Sittlichkeitsverbrechen.) In den letzten Monaten sind an verschiedenen Hälschlein in Ebingen falsche Drei-Markstücke mit dem Runenzichen D und der Jahreszahl 1924 in Zahlung gegeben worden.

Friedrichshafen. (Der Abg. Breitscheid an der Grenze festgehalten.) Bei der Ausreise nach der Schweiz wurde der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid Berlin am Donnerstagabend hier in Schubhaft genom-

men, die jedoch nach Befreiung aus Berlin am Freitag vormittag wieder aufgehoben wurde, sodaß Dr. Breitscheid seine Reise fortsetzen konnte.

Nationalsozialistische Kundgebung gegen die Juden

Stuttgart, 2. April. Aus Anlaß der Abwehrbewegung gegen die Juden veranstalteten die Nationalsozialisten am Samstag Abend auf dem dicht gefüllten Marktplatz eine große Kundgebung. Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Rathaus-Fraktion, Stadtrat Kroll, eröffnete die Kundgebung im Auftrag des Stuttgarter Aktionsausschusses mit der Feststellung, daß die Stuttgarter Aktion in musterhafter Ordnung vorübergegangen sei.

Naturalversorgung der hilfsbedürftigen Bevölkerung in Württemberg

Stuttgart, 1. April. Die Sitzung des Kollegiums der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg, die unter dem Vorsitz von Staatsrat Dr. Rau stattfand, beschäftigte sich hauptsächlich mit der wichtigen Frage der Naturalversorgung der notleidenden Bevölkerung in Württemberg.

Ein Besuch auf dem Heuberg

Stuttgart, 3. April. Die 'Süddeutsche Zeitung' berichtet über den Besuch eines Redaktionsmitgliedes auf dem Heuberg, dem größten Gefangenenlager Deutschlands. Zurzeit sind 1750 politische Gefangene dort untergebracht.

Baden

Forsheim, 3. April. Der Abwehrfeldzug gegen die jüdische Besetzung im Ausland begann am Samstag vormittag pünktlich um 10 Uhr mit dem im ganzen Reich einheitlich durchgeführten Boykott.



